	Antrags-Nr.	
	0606-AT/2016	

Antrag

Frau Rexrodt, Gisela Stadtratsmitglied

Betreff
Antrag des Stadtratsmitgliedes Frau Rexrodt - Vorlage des Prüfberichtes "Betriebskostenbeteiligung der Sportvereine der Stadt Eisenach"

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	27.09.2016	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	04.10.2016	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Oberbürgermeisterin/die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes wird beauftragt, dem Stadtrat in der nächsten Sitzung des Rates den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur „Betriebskostenbeteiligung der Sportvereine der Stadt Eisenach“ vorzulegen.

II. Begründung

1. Thüringer Gesetz über das Neue Kommunale Finanzwesen: § 21 „Rechnungsprüfungsamt“: „Der Gemeinderat kann vom Rechnungsprüfungsamt unmittelbare Auskünfte verlangen.“
2. Aufgrund der Beanstandungen des Rechnungsprüfungsamtes stand auf der Tagesordnung der Stadtratssitzung vom 14.06.2016 unter TOP 14: „Aussetzung der Betriebskostenbeteiligung der Sportvereine“ Vorlage: 0543/StR 2016.
Diese Vorlage wurde dem Stadtrat nicht ausgereicht, der TOP wurde von der Oberbürgermeisterin ohne Begründung von der TO genommen.
3. Thüringer Gesetz über das Neue Kommunale Finanzwesen; § 22 (9) „Aufgaben und Befugnisse des Rechnungsprüfungsamtes“: „Ergeben sich im Verlaufe der Prüfung wesentliche Beanstandungen, insbesondere aufgrund von Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, Satzungen oder sonstige ortsrechtliche Vorschriften, hat der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes den Gemeinderat und die Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich zu unterrichten.“
Die Rechtsaufsichtsbehörde wurde gemäß dieses Paragrafen nicht unterrichtet, der Gemeinderat nur über den Rechnungsprüfungsausschuss.
Dieser nahm die Beanstandung zur Kenntnis und legte bei der Absetzung des TOP 14 von der Ratssitzung am 14.06.2016 durch die Oberbürgermeisterin keinen Widerspruch ein. Die Folge ist die Nichtbeachtung der Beanstandungen und somit auch nicht die Korrektur des „Verstoßes gegen gesetzliche Bestimmungen, Satzungen oder sonstige ortsrechtliche Bestimmungen.“
Der gesamte Stadtrat muss nunmehr über den Wortlaut der Beanstandungen in der Sache auf der Grundlage der dem Rechnungsprüfungsausschuss ausgereichten „Beanstandungen zur Betriebskostenbeteiligung der Sportvereine“ informiert werden, um

rechtssichere Beschlüsse auch im Hinblick auf das fortzuschreibende HSK fassen zu können und nicht rechtskonforme Beschlüsse aufzuheben.

Frau
Rexrodt, Gisela
Stadtratsmitglied